



An die
Vorsitzende des Kreistages

Fraktionen der

SPD
Bündnis90/Die Grünen
FDP

im Kreistag des
Landkreises Darmstadt-Dieburg

Darmstadt, den 28.08.2019

Änderungsantrag

Sehr geehrte Frau Wucherpfennig,

die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bitten Sie, den nachfolgenden Änderungsantrag zur Vorlage 2501-2019/DaDi zu berücksichtigen.

Ächtung von extremistischer Gewalt

Beschlussvorschlag zur Änderung des o.a. Antrags der AfD-Fraktion

1. Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg spricht sich gegen jede Form der Unterstützung extremistischer Gewalt aus.
2. Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg spricht sich zugleich dafür aus, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Stärkung des demokratischen Bewusstseins einzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, macht er sich die vom Landkreistag sowie dem Städte- und Gemeindebund zuerst unterzeichneten im „Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ vom 10. Mai 2019 aufgeführten Grundsätze für eine offene und solidarische Gesellschaft zu eigen.
3. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, etwa noch notwendige Schritte zur Stärkung des Demokratiebewusstseins in der Bevölkerung des Landkreises und zur Abwehr extremistischer Gewalt einzuleiten.

Begründung

Der Antrag der AfD-Fraktion, dessen Inhalt unterstützt werden kann, führt sich durch die in der Begründung fokussierte Betonung der linksextremistischen Gewalt ad absurdum. Der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke, deren Verurteilung den Anlass für den AfD-Antrag gab, war ausschließlich rechtsextreme Gewalt und die in sozialen Medien verbreiteten Hasskommentare vorausgegangen. Es sei darauf hingewiesen, dass für die entstandene Atmosphäre des Hasses gegen Politiker und Politikerinnen, die sich z.B. für eine multikulturelle und offene Gesellschaft aussprechen, auch rechtsextreme gesellschaftliche Gruppierungen ebenso wie populistisch argumentierende Parteien verantwortlich sind, die rechtsextremistische und nationalistische Positionen in ihren Reihen dulden oder gar unterstützen.

Insofern bedarf es einer Ergänzung und Klarstellung des Ursprungsantrags, von dem ausdrücklich nicht die Begründung übernommen wird. Im Hinblick darauf, dass sich der Kreistag bereits in seinem Beschluss vom 13. Juni 2016 für die Abwehr extremistischer Aktivitäten ausgesprochen hat, kann darauf verwiesen werden. Der damalige Beschluss lautet:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg unterstützt auch weiterhin den auf der Grundlage des einstimmigen Kreistagsbeschlusses vom 24. 9. 2012 (Vorlage 1034-2012/ DaDi) gegründeten Verein „Bunt ohne Braun“ mit der Zielrichtung, dass er neben der Bekämpfung des Rechtsextremismus auch die Abwehr aller extremistischer und demokratiefeindlicher Aktivitäten in sein präventions- und Bildungsprogramm aufnimmt.

In einem zweiten Punkt sollte aber zugleich die Gelegenheit dafür genutzt werden, dass sich der Landkreis dem „Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ anschließt und die dort aufgelisteten Grundsätze zur Stärkung der Demokratie für das eigene Handeln übernimmt. Dieses „Plädoyer“ lautet wörtlich:

Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie
„Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“

1. Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.

2. Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminalisiert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

3. Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von

Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.

4. Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.

5. Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht – ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszuschließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden. Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit – auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden. Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite demokratische Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

Diese auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) initiierte Erklärung, die bereits von zahlreichen Gremien (darunter dem Kreisausländerbeirat) unterzeichnet wurde, und die auch allen Bürgerinnen und Bürgern zur Unterzeichnung offen steht, drückt sehr viel detaillierter und entschiedener das Ziel einer Stärkung der Demokratie gegen jede Form von extremistischer Gewalteinwirkung aus. Sie sollte daher auch für alles politische Handeln der Organe des Landkreises als maßgebend erklärt werden.

Im dritten Punkt dieses Antrags wird das, was in den beiden ersten Punkten zur Richtschnur für das Handeln des Kreistags gemacht wird, weiter konkretisiert, indem der Kreisausschuss und damit die Verwaltung des Landkreises in die Pflicht genommen wird. Durch die Gründung des Vereins „Bunt ohne Braun. Bündnis gegen Rechts im Landkreis Darmstadt Dieburg“ wurde ein erster Anstoß dazu gegeben. Angesichts der Zunahme politischer Gewalt, vor allem von Seiten rechtsextremer Gruppen und davon beeinflusster einzelner Täter, müssen die Anstrengungen zur Verteidigung der Demokratie und zur Abwehr extremistischer und fundamentalistischer Bestrebungen durch die Verwaltung des Landkreises weiter verstärkt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktionsvorsitzende/er

Christel Sprößler
SPD-Fraktion

Marianne Streicher-Eickhoff
Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Wilhelm Reuscher
FDP-Fraktion

Prof. Dr. Friedrich Battenberg
Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Für die Richtigkeit

Markus Crößmann
Fraktionsgeschäftsführer